



Kilian Kleinschmidt

Kilian Kleinschmidt arbeitet seit 1988 als Helfer für Menschen in Not. Er war für die Vereinten Nationen in den Konfliktzonen dieser Welt: Kongo, Sri Lanka, Somalia, zuletzt als Leiter eines Flüchtlingslagers Zaatari in Nord-Jordanien. Derzeit ist er als Berater des österreichischen Innenministeriums in Asylangelegenheiten und ist europaweit als Experte gefragt.



Wie haben Sie das letzte Jahr erlebt?

Wir haben in den letzten 12 Monaten ein sehr rasches Ansteigen der Zahlen von Asylwerbern in Europa gesehen, dass den grossen Fluchtbewegungen in vielen Krisengebieten der Welt sehr ähnlich ist aber viele Nationalitäten involviert. Da gibt es einerseits Asylwerber im klassischen Sinn, also aus Kriegs- und Krisengebieten und andererseits die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge, wo immer noch das Bewusstsein fehlt, dass Armutsflucht auch ein ganz großes Thema in der Welt ist und extreme Armut durchaus ein legitimer Fluchtgrund ist, wenn man sich auf die Menschenrechtserklärung bezieht. Auch gibt es kein Verständnis für den Fakt dass Migration neue Impulse setzt, Wirtschaft ankurbelt und demographisch einfach notwendig ist in einem Europa in dem pro Frau durchschnittlich nur 1.4 Kinder geboren werden und die Bevölkerung überaltert ist.

Die große Zahl der Asylwerber hat uns Europäer für die Themen Asyl, Flucht und Migration sensibilisiert. Auch das Thema

unterschiedlicher Kulturen und Religionen und unserer Gesellschaftsstruktur. Wir haben als Bürger begonnen, darüber nachzudenken, wie unser Verhältnis zu unserer Gesellschaft, zu unseren Regierungen und zu unserem Staat ist und welche Aufgaben wir uns vom Staat erwarten und welche wir selber erledigen können. So entsteht nach Jahrzehnten des gemütlichen Wohlstands eine Politisierung der Gesellschaft.

Ich hoffe, dass wir bald aus der ersten Panik herausfinden und mehr Struktur in den ganzen Ablauf kommt. Da sollten die konstruktiven Teile der Politik und der Gesellschaft Vernunft in die Debatte bringen. Wir müssen für noch mindesten dieses Jahr einen Umgang mit einer Million Zuwanderer pro Jahr in Deutschland und etwa hunderttausend pro Jahr in Österreich finden ob wir es wollen oder nicht.

Sehen Sie die Chance auf eine Renaissance des politischen Diskurses, oder ist ein weiteres Auseinanderfallen der politischen Lager zu befürchten?

Die Gesellschaft polarisiert sich, was auch zu gefährlichen Spannungen und zum Hochkommen sehr dumpfer Gefühle führt. Etwa 30% der Europäer hängen populistischen und teils radikalen Ideen nach und es können noch mehr werden. Oft entwickelt sich die Trennlinie entlang sozialer Differenzen. Paradoxe Weise fürchten sich untere Einkommensgruppen, von der ja mehr soziale Solidarität erwartet werden sollte, mehr vor der Veränderung als der Mittelstand da es die Angst vor direkter Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnmarkt gibt. Die Realitäten der Integration und der Koexistenz werden zum großen Teil von Menschen mit geringeren Einkommen gelebt und getragen. Dort wird



immigration vor der Haustür erlebt. Das Gefühl mit den Problemen alleingelassen zu werden führt zu der gegenwärtigen Xenophobie. Obwohl es aber auch sehr viele Menschen, die sich für die europäische Idee und Grundwerte einsetzen ist das eine Elite. Ich hoffe natürlich dass diese Kräfte sich durchsetzen werden. Aber dazu braucht es Vision und ein neues europäisches Projekt.

Insgesamt entsteht also Engagement und es findet eine Debatte statt, in der vielleicht auch wieder Visionen geschmiedet werden können. Aus dieser Perspektive würde ich die Entwicklungen positiv bewerten. Kein Mensch sagt, dass das einfach ist. Es ist aber gleichzeitig ein Aufwachen dieses eingeschlafenen, bequemen und reichen Europas. Dafür braucht es ein Angebot der Politik. Hoffentlich kommen wir 2016 endlich eine Phase, wo wir Prozesse entwickeln und mit den kontroversiellen Themen umgehen lernen. Die Politik hat es bisher nicht geschafft, eine Vision zu entwickeln, wie unsere Gesellschaft in 20 bis 30 Jahren aussieht. Das müssen wir jetzt gestalten!

Was sind die die Herausforderungen für die kommenden Monate?

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass unsere Gesellschaft sich verändert, bunter und urbaner wird, wie beispielsweise in den USA und Südamerika. Auch unsere Metropolen werden wachsen. Dazu braucht es Modelle für multikulturelle und urbane Gesellschaften. Gleichzeitig ist es erforderlich, die andere Seite der Welt ein bisschen besser zu machen, indem wir etwas von unserem Wohlstand teilen ohne Almosen zu verteilen. Afrikas Ressourcen werden weiterhin durch die G7-Staaten ausgebeutet, ohne dass dafür eine

adäquate Gegenleistung erbracht wird. Das führt dann in der Folge zu Krieg, Armut und Verzweiflungsmigration. Wir müssen uns Gedanken über eine bessere Verteilung der weltweiten Ressourcen machen. Die Chancen sind da durch die vierte industrielle Revolution, durch Digitalisierung und Vernetzung die schon jetzt sehr positive Entwicklungen in Afrika und anderen teilen der Welt erzeugt haben.

Wir haben beim Malta Gipfel lächerliche 1,8 Milliarden Euro angeboten, damit Afrika uns die Migration vom Leib hält. Die Migranten schicken aber wesentlich mehr Geld in ihre Heimatländer. Wir bieten weiterhin Almosen, wo wirkliche Partnerschaften nötig wären. Bisher haben wir nur einen Bruchteil dessen zurückgegeben, was wir uns weiterhin von diesen Kontinenten nehmen.

Was Marokko betrifft, will man nach den Vorkommnissen in Köln wieder mehr Marokkaner abschieben. Gut wäre es, mit Marokko ein Migrationsprojekt aufzubauen. Spanien holt beispielsweise zur Orangenernte gezielt Arbeiter aus Ghana. Nach der Ernte fahren die wieder zurück und alle Beteiligten sind glücklich.

In den Golfstaaten, auch in Saudi-Arabien, arbeiten sehr viele Menschen aus Kriegsregionen ohne Flüchtlingsstatus. Dubai ist beispielsweise eine der größten somalischen Städte der Welt und es gibt dort auch viele Syrer. Viele von den arabischen Staaten haben sehr viel gespendet und humanitäre Hilfe finanziert. Das funktioniert oft unter anderen Prinzipien als die westliche Hilfe. Es gibt inzwischen auch Finanzierungs Kooperationen zwischen den arabischen Staaten und den Vereinten



Nationen neben den Direkthilfen aus diesen Ländern

Kaum jemand hat darüber nachgedacht, dass das Aufheben der Sanktionen mit dem Iran eine großartige Sache für uns ist wenn es um die Reduktion der Zahlen geht: Viele junge Afghanen werden in den Iran gehen, weil es einen Wirtschaftsboom geben wird und neue Arbeitsplätze entstehen. Der Iran schiebt bis heute etwa 200.000 Afghanen pro Jahr nach Afghanistan ab. Die kommen, gehen arbeiten, werden erwischt und wieder rausgeschmissen. Wenn es im Iran einen Bau- und Wirtschaftsboom gibt, hat das direkte Auswirkungen auf die Migration. Dann ist das Thema bei den Iranern. Wir können also damit rechnen, dass 2017 Flüchtlinge aus Afghanistan für Europa kein Thema mehr sein werden.

Insgesamt gilt es, mit viel Sachlichkeit praktische Lösungen aufzeigen. Es braucht ein Stabilitätspakt für den Nahen Osten und Investitions- und Kooperationsabkommen in größerem Niveau für Afrika und den Nahen Osten. Die vielen Bezüge in der Welt zu begreifen, wäre wichtig. Migration ist ja kein österreichisches oder europäisches, sondern ein globales Thema, das in den kommenden Jahrzehnten Armut, ungleicher Ressourcenverteilung und Klimawandel weiter verstärkt wird.

Damit sind wir bei den Fluchtursachen ...

Fluchtursache ist immer der Wunsch nach Sicherheit – für Leib und Leben, aber auch für meine Existenz. Zuerst rennen die Menschen um ihr Leben, dann geht es um Deckung der Grundbedürfnisse. Krieg und Armut nehmen den Menschen die Würde und führen zu einer

Entmenschlichung. Die Menschen werden nicht mehr als Personen wahrgenommen, sondern nur mehr als Masse. Flucht bedeutet also auch, ich versuche irgendwohin zu kommen, wo ich als Mensch wieder wahrgenommen werde. Aus diesem Aspekt ist es sehr wichtig, dass sich Menschen um Menschen kümmern.

Im Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien wollte 2013 noch niemand nach Europa. Die Menschen waren davon überzeugt, bald wieder in ihr Land zurückkehren zu können. Heute wird von den etwa vier Millionen syrischen Flüchtlingen im Nahen Osten nur ein Bruchteil grundversorgt. Die meisten wissen nicht, was sie essen, wo sie schlafen oder ihre Kinder ernähren können. Kinder müssen arbeiten, weil die Erwachsenen nicht arbeiten dürfen. Wenn Kinder beim Arbeiten erwischt werden, wird die Familie nicht abgeschoben. Junge Mädchen werden für frühe Heirat verkauft, die Jungen an verschiedene Milizen. Jede andere Perspektive kann also nur besser sein.

Ende 2014, also drei Jahre nach Beginn des Syrienkonfliktes, haben die Menschen jegliche Perspektive und Hoffnung verloren. Bei der Flucht geht es nicht darum, irgendwo im Reichtum zu schwelgen, sondern darum, wieder wie ein Mensch zu leben und den eigenen Kindern wieder Chancen bieten zu können. Es geht also auch darum, aus einer Verrohung der Gesellschaft herauszukommen.

Welchen Einfluss werden die Attentate von Paris oder die Vorfälle in Köln auf die weitere Entwicklung haben?

Es ist zu befürchten, dass noch weitere Attentate passieren werden. Ich sehe darin



primär ein Zeichen des Versagens sozialer Integration. Die Attentäter waren ausgegrenzte Jugendlichen der zweiten oder dritten Generation. Um dem zu begegnen, müssen wir wieder in eine sozialere Politik investieren.

Köln hat bei aller Kritik eigentlich geholfen, zu relativieren und wieder kritisch nachzudenken. Wir haben endlich eine Diskussion über die Rechte der Frau, den Islam, muslimische Männer - bisher Tabus, die keiner angreifen wollte.

Ich führe die Aggressivität von vielen jungen Männern, die derzeit unterwegs sind, auf das Zusammenbrechen gesellschaftlicher Normen und sozialer Kontrolle zurück. In Krisen und auf der Flucht gibt es keine gesellschaftlichen Strukturen mehr. Die Neuankömmlinge müssen verstehen, dass es bei uns gesellschaftliche Regeln gibt und dass es für alle besser ist, daran teilzuhaben. Da braucht es einerseits Autorität gegenüber den Asylwerbern und andererseits ein Einbremsen der Hetzer. Asylsuchende sind Menschen mit all ihren Schwächen, Stärken und Fehlern und es geht darum, wie eine komplexe Gesellschaft funktionieren kann. Denkende Menschen beginnen jetzt, sachlich und pragmatisch an die Themen heranzugehen. Wir müssen wieder Referenzpunkte schaffen, wo sich jeder wiederfindet. Wir müssen mehr miteinander reden und uns gegenseitig begreifen.

Wem trauen Sie am ehesten vernünftiges und sachliches Handeln zu?

Viel Potenzial und Realitätssinn gibt es meiner Erfahrung nach auf Landesebene, die mit viel Engagement versucht, Lösungen zu finden und ihr Bestes zu geben. Das ist die Ebene, die nach

Informationen und Antworten sucht und die wir besser betreuen sollten. Politiker wollen wissen, wo die Gesamtreise hingehet und wünschen sich eine Strategie für die nächsten drei Jahre. Da braucht es eine Palette an Maßnahmen, in den Herkunftsländern, in der Entwicklungszusammenarbeit, neue Partnerschaften, und Prognosen darüber, wie weit diese Maßnahmen die Zahlen in den nächsten Jahren senken werden.

Die derzeit geplanten Zäune oder restriktiven Maßnahmen werden den Zustrom vielleicht verringern. Gleichzeitig mutieren die viel diskutierten Hotspots aber zur Mausefalle für jene, die nicht asylberechtigt sind. Die Menschen werden über andere Wege kommen und wir werden mit anonymen illegalen Migranten konfrontiert sein. Derzeit gibt es für Flüchtlinge keinen legalen Weg, in die EU einzureisen. Hier müssen wir endlich vom Abwehren zum Kontrollieren und Managen übergehen.

Ich hoffe, dass engagierte Menschen Lösungen finden, die auch politisch abgesegnet werden. Beispielsweise denkt der deutsche Vizekanzler Siegmund Gabriel darüber nach, Menschen mit Fähren über das Mittelmeer zu bringen, also eine gesteuerte Migration zu organisieren. In Berlin wird die Gründung einer „Refugee-Air“ überlegt und demnächst mit deutschen auswärtigen Amt verhandelt. Flüchtlinge sollten dann ganz normal ihr Flugticket bezahlen und das Schlepperunwesen würde deutlich reduziert. Zusätzlich könnte man wie in Kanada vor der Einreise Sicherheitschecks durchführen.



Was braucht es Ihrer Ansicht nach, damit die Integration gelingen kann?

Die soziale Wohnbaupolitik wurde in den letzten Jahren vernachlässigt. Österreich war hier federführend und sollte es eigentlich auch wieder sein. Wer in sozialen Wohnbau investiert, schafft gleichzeitig Arbeitsplätze.

Das Geld, das in die Grundversorgung von den Asylwerbern fließt, kommt der österreichische Wirtschaft zu Gute. Investitionen braucht es auch in den Schulen, die vor der Herausforderung der Integration zahlreicher Kinder stehen.

Unser Grundproblem ist dass diese Integration oft da stattfinden muss wo es schon Schwierigkeiten des Zusammenlebens und auch von Arbeits und Perspektivenlosigkeit unter der Bevölkerung gibt. Das ist eben nicht in Pötzleinsdorf sondern in Favoriten oder anderen Bezirken

Die zugewanderten Menschen brauchen nicht nur Arbeitsplätze, sie schaffen auch welche. In Deutschland hat man das erkannt. Das investierte Geld ist ja nicht verschenkt, sondern bleibt im Wirtschaftskreislauf.

Das Interview wurde von André Martinuzzi und Sabine Eichinger im Jänner 2015 geführt.

Weitere Interviews, Workshops und Materialien finden Sie auf www.power2help.at – einer Initiative zur Vermittlung von Kompetenzen für die Erstbetreuung von Asylsuchenden und die langfristige Integration:

- ⇒ Medien und Kommunikation
- ⇒ Rollenbilder und Religion
- ⇒ Asylrecht und Institutionen
- ⇒ Erste Hilfe und Krankheitsvorsorge
- ⇒ Burnout-Prävention
- ⇒ Verstehen kultureller Besonderheiten
- ⇒ Konflikte und Gruppendynamik
- ⇒ Krisenintervention
- ⇒ Trauma-Erkennung und -Erstversorgung
- ⇒ Umgang mit Kindern und Jugendlichen